

Wettbewerbsnachteil und Bürokratielast

„Plastiksteuer ist Sabotage am Wirtschaftsstandort Deutschland“

Frankfurt/Bad Homburg, 7. Oktober 2026 – Die IK Industrievereinigung

Kunststoffverpackungen, PlasticsEurope Deutschland und der VDMA Fachverband Kunststoff- und Gummimaschinen lehnen die aktuell diskutierte „Plastiksteuer“ ab und warnen vor einer massiven Benachteiligung deutscher Unternehmen im Wettbewerb sowie negativen Folgen für Umwelt und Klima. Die Verbände sehen angesichts der vielfältigen Regelungen für Kunststoffverpackungen keinen Platz für eine zusätzliche Steuer und weisen darauf hin, dass Kunststoffverpackungen für Verpackungssicherheit, Lebensmittelschutz und Kreislaufwirtschaft unverzichtbar sind.

Unfairer Standortnachteil für deutsche Hersteller und Abfüller

Wer in Deutschland industrielle Vorprodukte aus Kunststoff herstellt, etwa Folien, bestimmte Halbzeuge sowie Transport- und Verpackungsmittel, soll ab 2027 eine Steuer von 550 Euro pro Tonne zahlen – auch wenn daraus gar keine Verpackungen werden. Auch Abfüller sind betroffen, denn verpackte Waren aus der EU und Drittstaaten bleiben steuerfrei. Deutsche Unternehmen sollen für diese Verpackungsabfälle aus dem Ausland mitbezahlen. „Die Plastiksteuer ist Sabotage am Wirtschaftsstandort Deutschland. Sie bestraft ohne Grund deutsche Hersteller von industriellen Vorprodukten und Transportmitteln aus Kunststoff. Auch die Verwender von Kunststoffverpackungen in Deutschland sind betroffen, weil ihre ausländischen Wettbewerber die Steuer nicht zahlen müssen, wenn sie nach Deutschland liefern“, kritisiert Dr. Martin Engelmann, Hauptgeschäftsführer der IK den Steuer-Schnellschuss.

Geringer Ertrag, hoher Aufwand, kaum Kontrolle

Die Einnamenschätzung des Finanzministeriums fällt mit 1,49 Milliarden Euro darüber hinaus deutlich zu hoch aus: Realistisch sind nach Einschätzung der Verbände lediglich rund 1 Mrd. €, wenn die steuerfrei importierten Mengen in Abzug gebracht werden. Auch die vorgesehenen 788 neuen Stellen beim Zoll zur Durchsetzung der Plastiksteuer sehen die Verbände kritisch: „Dieser massive Stellenaufbau in der Zoll-Verwaltung widerspricht dem erklärten Ziel der Bundesregierung zum Bürokratieabbau. Bei 900 geplanten Außenprüfungen pro Jahr für über 47.000 Anzeigepflichtige wird ein Unternehmen

rechnerisch nur etwa alle 50 Jahre geprüft. Dieses Kontrolldefizit belastet die ehrlichen Unternehmen zusätzlich“, so Dr. Christine Bunte, Hauptgeschäftsführerin PlasticsEurope Deutschland.

Ökologisch kontraproduktiv

Ob Mehrweg, Pfand, Recyclingfähigkeit oder Rezyklateinsatz – die Steuer macht hier keinen Unterschied. Damit fehlt der Steuer jeder Lenkungsanreiz. Sie wirkt sogar kontraproduktiv, indem sie den Trend hin zu schwer recycelbaren Faserverbünden stärkt. Dabei sinkt die Menge an Verpackungen – auch an Kunststoffverpackungen – seit 2021 ohnehin. Vor dem pauschalen Ziel „weniger Kunststoffverpackungen“ warnt auch das Umweltbundesamt mit Verweis auf die potenziell steigenden CO₂-Emissionen und Abfallmengen.

„Die geplante Plastiksteuer belastet nicht nur Hersteller und Verarbeiter von Kunststoffverpackungen. Sie entfaltet Auswirkungen entlang der gesamten Wertschöpfungskette und trifft damit auch die Technologieanbieter, die mit ihren Innovationen die Transformation zur Kreislaufwirtschaft ermöglichen. Investitionen in moderne Recycling-, Sortier- und Verarbeitungstechnologien sind entscheidend für mehr Ressourceneffizienz und Klimaschutz“, erläutert Thorsten Kühmann, Geschäftsführer VDMA Fachverband Kunststoff- und Gummimaschinen die Tragweite der Belastungen.

Die bessere Alternative steht im Koalitionsvertrag

Die Verbände schlagen vor, statt einer Steuer die im Koalitionsvertrag vorgesehene Ökomodulierung nach §§ 26, 26a VerpackDG umzusetzen. Sie belohnt Recyclingfähigkeit und den Einsatz von Rezyklaten, setzt also genau dort Anreize, wo ökologischer Nutzen entsteht. Eine Plastiksteuer ist im Koalitionsvertrag dagegen nicht geplant.

„Wir sind gesprächsbereit und bringen gern unsere Expertise als Verbände ein. Aber eine Steuer, die den Standort Deutschland schwächt, Importe zulasten deutscher Unternehmen begünstigt und der Umwelt schadet, ist mit uns nicht zu machen. Wir fordern die Bundesregierung auf, das Projekt Plastiksteuer nicht weiterzuverfolgen und stattdessen endlich finanzielle Anreize für hochgradig recycelbare Verpackungen mit Rezyklatanteil zu schaffen“, appelliert Dr. Engelmann im Namen der Verbände.

WIR SIND KUNSTSTOFF



Über „Wir sind Kunststoff“

Die Initiative „Wir sind Kunststoff“ wird angeführt durch den Gesamtverband Kunststoffverarbeitende Industrie e. V. und seinen vier Trägerverbänden sowie von PlasticsEurope Deutschland e. V. und dem VDMA Fachverband Kunststoff- und Gummimaschinen. Gemeinsam wollen die Verbände den offenen Austausch und Dialog zu Innovationen und nachhaltigen Entwicklungen der Kunststoffindustrie in Richtung Kreislaufwirtschaft vorantreiben. Mit einem Jahresumsatz von über 100 Milliarden Euro, einem hohen Exportanteil und ihrer Innovationskraft gehört die Kunststoffindustrie mit ihrer zunehmend nachhaltigeren Ausrichtung nicht nur bei High-Tech-Anwendungen zur Weltspitze.

Kontakte:

Wir sind Kunststoff

Mara Hancker (GKV/IK)
T: 06172-926666

Ina Hoch (VDMA)
T: 069-69 6603-1844

Bettina Dempewolf (PED)
T: 0171-9713962

presse@wir-sind-kunststoff.de
www.deinkunststoff.de